

## Regelungen im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg

Am 24. Februar 2022 hat Russland eine gross angelegte Militäroperation gegen die Ukraine eingeleitet (nachfolgend «Ukrainekrieg»). Die Parteien sind sich bewusst, dass auch die zwischen ihnen bestehende Vertragsbeziehung durch die Auswirkungen des Ukrainekriegs beeinflusst werden kann. Gleichzeitig steht fest, dass der Ukrainekrieg zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses kein unvorhersehbares Ereignis darstellt und insofern nicht als höhere Gewalt zu qualifizieren ist.

Der Vertragspartner hat die ihm zumutbaren Anstrengungen zu unternehmen, um seine Leistungspflichten trotz der Auswirkungen des Ukrainekriegs vertragsgemäss zu erfüllen. Gerät der Vertragspartner aufgrund der bei Vertragsschluss bekannten Auswirkungen des Ukrainekriegs mit der Erfüllung seiner vertraglich vereinbarten, weiterhin möglichen Leistung in **Verzug**, kommen grundsätzlich die Normen von Art. 102ff. OR zur Anwendung. Hat der Vertragspartner zuvor nachweislich alle ihm zumutbaren Anstrengungen unternommen, um den Verzug, aufgrund der Folgen des Krieges in der Ukraine, abzuwenden, werden die Parteien in guten Treuen über eine Lösung betreffend die Verschiebung der vertraglich vereinbarten Termine und Fristen im Einzelfall verhandeln, welche die besonderen Umstände berücksichtigt.

Ein Anspruch auf **Vergütung der Mehrkosten** besteht in jedem Falle nur, soweit diese vom Vertragspartner vorab angemeldet und mit Swissgrid ausdrücklich schriftlich vereinbart worden sind.

Der Vertragspartner haftet für durch die Auswirkungen des Ukrainekriegs verursachte **Verzugsschäden**, wenn ihn ein Verschulden trifft oder wenn er das Risiko der Gefahrentragung für solche Fälle explizit übernommen hat.